

## ***Frankfurter Modell gegen Extremismus***

**Pushpa Islam**

Aus: Erich Marks (Hrsg.):  
Prävention & Integration  
Ausgewählte Beiträge des 22. Deutschen Präventionstages  
19. und 20. Juni 2017 in Hannover  
Forum Verlag Godesberg GmbH 2018, Seite 221-226

978-3-942865-71-5 (Printausgabe)  
978-3-942865-72-2 (eBook)

## **Frankfurter Modell gegen Extremismus**

### **Das AmkA - Integrationsarbeit in Frankfurt**

Frankfurt am Main ist eine multikulturelle Stadt. Die Bevölkerung wächst und damit auch die soziale und kulturelle Vielfalt. Die Stärken der Stadt Frankfurt am Main liegen in der Vielfalt der Bevölkerung.

- Etwa 90% der Staatsangehörigkeiten der Erde sind in Frankfurt am Main vertreten.
- Es gibt mehr als 140 religiöse Zuwanderergemeinden.
- Der Anteil der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit beträgt ca. 30% und mit Migrationshintergrund ca. 50%.

1989 wurde das Amt für multikulturelle Angelegenheiten auf Initiative des ehrenamtlichen Stadtrats Daniel Cohn-Bendit gegründet. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten ist die koordinierende Fach- und Informationsstelle bei Fragen der Integration und Diversität mit einer koordinierenden Querschnittsfunktion. Als „Frankfurter Modell“ steht es sowohl allen Einwohnerinnen und Einwohnern als auch städtischen Ämtern und Institutionen in allen relevanten Integrationsfragen zur Seite.

### *Aufgaben des AmkA*

- Grundlagenarbeit zu Fragen von Integration, Diversität und Migration
- Querschnittsarbeit: Brücke in andere Ämter und Institutionen hinein
- Förderung des konstruktiven Zusammenlebens der unterschiedlichen Frankfurter Gruppen
- Förderung von Integration und Partizipation
- Beratung von und Zusammenarbeit mit vielen unterschiedlichen Vereinen der Zuwanderercommunities (Kultur- und religiöse Vereine)
- Förderung von Kontakt und Vernetzung unterschiedlicher Institutionen und Gruppen
- Demokratische Abläufe und Verständnis vermitteln
- Freiräume von Religion und Kultur anerkennen

## **Extremismus in Frankfurt am Main**

Extremismus ist ein weltweit zunehmendes Problem, aktuell ist der religiöse Extremismus besonderes dominant. Auch in Frankfurt am Main existiert die extremistisch-salafistische Bewegung und zieht vor allem Kinder und Jugendliche in ihren Bann. Die Spitze des Eisbergs ist die Rekrutierung Minderjähriger für den „Heiligen Krieg“ bzw. für den „Islamischen Staat“. Die Stadt Frankfurt am Main reagierte 2013 auf die Herausforderungen mit einem Ämternetzwerk, an dem auf Landesebene das Hessische Kompetenzzentrum gegen Extremismus und der Hessische Verfassungsschutz beteiligt sind. Ämterübergreifend werden Präventionsmaßnahmen für Kitas, Schulen, Horte, Jugendzentren, Erziehungsberatungsstellen und Einrichtungen der stationären Jugendhilfe entwickelt und umgesetzt, die sich sowohl an Fachpersonal als auch direkt an die Kinder und Jugendlichen richten.

Jugendeinrichtungen und Schulen, aber auch Eltern, haben sich in den vergangenen Jahren immer wieder an das Frankfurter Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) gewandt, da sie befürchteten, dass Jugendliche mit der extremistisch-salafistischen Ideologie sympathisierten. Oft wussten sie nicht, wie sie Äußerungen einschätzen sollten und fühlten sich überfordert, angemessen zu reagieren. In einigen Fällen konnten die Ängste zerstreut werden, in anderen Fällen war die Radikalisierung der Jugendlichen schon weit fortgeschritten.

Die Rhein-Main-Region gehört zu den Zentren des Salafismus in Deutschland. Jugendliche wurden z.B. über die Koranverteilkaktion „Lies!“ in der Innenstadt angesprochen, zu Grillfesten, Korankursen oder anderen Veranstaltungen eingeladen. Die Sicherheitsbehörden schätzen die Szene auf mind. 1.650 Personen in Hessen, von denen ein Teil als gewaltbereit eingestuft wird. Die Stadt Frankfurt am Main stand vor der Herausforderung, auf diese Situation angemessen zu reagieren. Wir hielten es für notwendig, Strukturen der Prävention und Intervention zu schaffen, um auf verschiedenen gesellschaftlichen und institutionellen Ebenen eine Antwort auf die Probleme zu geben.

### **Einrichtung einer städtischen Koordinierungsstelle**

2015 wurde im Amt für multikulturelle Angelegenheiten die „Koordinierungsstelle Antiradikalisierung, präventive Jugendarbeit und politische Bildung“ neu eingerichtet.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Koordinierungsstelle Antiradikalisierung zählen:

- verschiedene Handlungsfelder zu benennen und präventive sowie reaktive Maßnahmen aufzuzeigen, die sich primär an Eltern und Lehrkräfte in Schule und pädagogischem Fachpersonal in Jugendeinrichtungen richten
- Öffentlichkeitsarbeit – Information und Sensibilisierung
- Fortbildungen für Fachpersonal

- Präventive Arbeit mit Kindern und Jugendlichen
- Einzelfallberatung (Angehörige und Jugendliche selbst)
- Deradikalisierung Einzelner

Aufgrund der konkreten Situation in Frankfurt am Main steht aktuell die extremistisch-salafistische Radikalisierung im Fokus. Uns ist bewusst, dass wir auch andere radikale Strömungen wie den Rechtsextremismus, Linksextremismus und den Ausländerextremismus im Auge behalten müssen, um gegebenenfalls schnell reagieren zu können. Die bisher vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten geleistete Netzwerk- und Informationsarbeit ist durch die Koordinierungsstelle ausgeweitet worden und wir haben die Möglichkeit, auf evtl. neue Herausforderungen angemessen zu reagieren.

### **Ämternetzwerk gegen Extremismus**

Seit November 2013 treffen sich mehrmals pro Jahr unter der Federführung des AmkA Mitarbeiter/innen des Jugend- und Sozialamts, des Stadtschulamts, des Präventionsrats Frankfurt am Main, KITA Frankfurt, des Jobcenters sowie von der Landesebene Vertreter/innen und Vertreter des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main, des Hessischen Kompetenzzentrums gegen Extremismus und des Hessischen Landesamts für Verfassungsschutz.

Grundlage der Zusammenarbeit im Ämternetzwerk ist eine positive Grundhaltung zu religiöser Vielfalt sowie eine klare Positionierung gegen jegliche Formen der Islam- und Muslimfeindlichkeit und des Rassismus. Ziele des Ämternetzwerks waren von Beginn an, sowohl Präventionsmaßnahmen auszubauen, als auch Strukturen zu schaffen, die eine optimale Reaktion im Falle bereits erfolgter Radikalisierung zu ermöglichen. Die beteiligten Ämter und Institutionen haben dabei verschiedene Zuständigkeiten und jeweils eigene Verantwortungsbereiche. Die Frankfurter Stellen sind auch mit der seit Sommer 2014 tätigen „Beratungsstelle Hessen“ in Trägerschaft des Violence Prevention Network (vpn) vernetzt, die Angehörige berät und mit bereits radikalisierten Jugendlichen und mit Aussteigern arbeitet. Im Folgenden werden die Zuständigkeiten der beteiligten Akteure beschrieben:

### **Handlungsfelder des AmkA**

#### ***1. Öffentlichkeitsarbeit – Information und Sensibilisierung***

Sachinformationen für die breite Öffentlichkeit und für bestimmte Zielgruppen (insbesondere im Bereich der pädagogischen Arbeit) sind notwendig. Einerseits geht es um differenzierte Informationen zu den Themen Diversität, Religion, Demokratie und Extremismus in Deutschland. Andererseits geht es darum, möglichst konkret über die extremistisch-salafistische Szene, ihre Anwerbestrukturen und über die Denkwelten der Jugendlichen zu informieren, die sich einbinden und sogar für den vermeintlich „Heiligen Krieg“ rekrutieren lassen.

Das Ämternetzwerk veröffentlichte im Juli 2014 ein Faltblatt zum Umgang mit radikalisierten Jugendlichen, das Informationen, Hilfestellungen und Kontakte für Eltern, Sozialpädagog/innen und Lehrpersonal bündelt. Das Faltblatt trägt dazu bei, dass Fachkräfte und Eltern wissen, wo sie Unterstützung erhalten.

Durch das Ämternetzwerk ist es gelungen, dass verschiedene Stellen aufeinander verweisen und im Einzelfall miteinander kooperieren. So haben in einigen Fällen Eltern, Schule, Jugendamt, Beratungsstelle Hessen und Polizei an „Runden Tischen“ gemeinsam beraten, wie Jugendliche und die Familie am besten unterstützt werden können.

## **2. Fortbildungen und Informationsangebote für Fachpersonal**

Die vom AmkA in Zusammenarbeit mit einigen Ämtern angebotenen Fortbildungen und Informationsangebote haben zum Ziel:

- Bewusstsein zu schaffen für die Problemlagen extremistischer Salafismus und Radikalisierung (individuelle und gesellschaftliche Ebene, Ablauf von Radikalisierungsprozessen) sowie übergreifend zu den Phänomenen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.
- Die pädagogische Handlungsfähigkeit herstellen bzw. erweitern; dazu gehört auch, die Betroffenheit Jugendlicher über Ungerechtigkeit und Krieg ernst nehmen und versuchen, diese positiv zu kanalisieren.
- Sachwissen über den Islam und andere Religionen vermitteln, eigene Vorurteile (der Teilnehmer/innen) bewusst machen und bearbeiten.
- Kindern und Jugendlichen positive Identifizierung mit ihrer Referenzreligion ermöglichen.
- Hilfsstrukturen und Ansprechpartner bekannt machen.

Das AmkA wird regelmäßig von Lehrerkollegien, Stadtteilarbeitskreisen und sozialpädagogischen Fachkreisen angefragt, um über das Phänomen der Radikalisierung und des Extremismus und über die Möglichkeiten der Prävention zu referieren. Zudem nutzen Schulen und andere Einrichtungen auch die Workshop-Angebote der „Beratungsstelle Hessen“ oder Angebote der hessischen Lehrerfortbildung.

## **3. Präventive Arbeit mit Kindern und Jugendlichen**

Seit April 2015 sind im Auftrag des AmkA junge Studierende als „Teamer/innen“ tätig. Sie wurden qualifiziert, um in Tandems mit Schulklassen oder Jugendgruppen zu arbeiten. Grundlage sind die Materialien „Wie wollen wir leben – Islam, Islamfeindlichkeit, Islamismus und Demokratie“ von ufuq.de. Die Teamer/innen können mit Kindern und Jugendlichen ab 12 Jahren über den Islam und seine verschiedenen Auslegungen, über den Alltag von Muslim/innen in Deutschland und über radikale Strömungen des Islam sprechen. Die Workshops werden gut aufgenommen. Selbst in Jugendgruppen mit radikalisierten Jugendlichen ist es den Teamer/innen gelungen, offen Gespräche zu initiieren und der oft schweigenden Minderheit eine Stimme zu geben.

Das Ämternetzwerk weist Schulen und Jugendeinrichtungen auf weitere Angebote hin, die im weitesten Sinne präventiv wirken, da sie Religion(en) und Ideologien in einer für Schulkassen und Lehrkräfte angemessenen Weise thematisieren. Dazu gehören insbesondere die Workshops und Beratungsangebote der Bildungsstätte Anne Frank sowie die Fortbildungsangebote des Pädagogischen Zentrums Frankfurt.

#### **4. Beratung und Hilfe im Einzelfall**

Ist ein Jugendlicher / eine Jugendliche dabei, sich zu radikalieren, oder bereits manifest extremistisch, so ist Unterstützung auf verschiedenen Ebenen notwendig. Unmittelbar betroffen und gefragt sind Eltern, Lehrkräfte und ggf. sozialpädagogisches Personal. Das Ämternetzwerk hat in Frankfurt dazu beigetragen, dass Verantwortliche wissen, an wen sie sich wenden können. Die Bandbreite reicht von Erziehungsberatungsstellen oder das Jugendamt über die Beratungsstelle Hessen bis zur Polizei.

Lehrpersonal kann sich an das Staatliche Schulamt für die Stadt Frankfurt am Main wenden, an das AmKA oder auch an die Beratungsstelle Hessen. Einige Schulen wenden sich auch direkt an die Polizei. Im Staatlichen Schulamt kümmert sich ein Mitarbeiter um Einzelfälle, insbesondere wenn es um einen Schulwechsel oder die Wiedereinschulung von Jugendlichen geht, die in der extremistischen Szene verortet sind. An weiterführenden und beruflichen Schulen ist die Vernetzung der Lehrkräfte mit dem sozialpädagogischen Personal gegeben und wird bei Fällen sich radikalisierender Jugendlicher aktiv genutzt.

In der Grundsatzabteilung des Jugend- und Sozialamtes sind Mitarbeiter/innen in das Ämternetzwerk eingebunden. Sie unterstützen die Jugendhilfe-Strukturen in den Stadtteilen bei Hinweisen von Beratungsstellen, Sozialarbeiter/innen oder der Polizei dabei, betroffenen Familien gezielt zu helfen.

Das in Frankfurt ansässige Sigmund-Freud-Institut wurde auf das Frankfurter Ämternetzwerk aufmerksam und bot seine Unterstützung an. Eltern radikalisierter Jugendlicher können sich dort für eine begleitete Selbsthilfegruppe anmelden und auf Wunsch auch Familienberatung oder therapeutische Unterstützung in Anspruch nehmen.

Durch die Arbeit des Ämternetzwerks wissen inzwischen viele Lehrkräfte und Sozialarbeiter/innen, dass die Polizei in Frankfurt am Main Mitarbeiter/innen einsetzt, die sich speziell um Minderjährige kümmern, die gefährdet sind sich zu radikalieren oder die in der extremistisch-(salafistischen) Szene aktiv sind. Die Polizei klärt in solchen Fällen das Umfeld des Jugendlichen ab und versucht aufgrund ihrer Ermittlungen, das Potential der Selbst- und Fremdgefährdung einzuschätzen. Es geht um die Verhinderung von Straftaten, aber auch um den Schutz der Jugendlichen. Sofern die Jugendlichen keine Straftaten begangen haben, werden sie nicht dauerhaft erfasst – nicht die Kriminalisierung der Jugendlichen steht im Vordergrund, sondern das Or-

ganisieren von Unterstützung für Eltern, Lehrkräfte und Jugendliche. Die Polizei vernetzt dabei die Familien mit anderen Akteuren des Ämternetzwerks. In enger Abstimmung mit Eltern wurden etlichen Jugendlichen die Pässe entzogen und die Ausreise Minderjähriger nach Syrien so verhindert. Bei Syrien-Rückkehrern und Aussteigern liegt die Zuständigkeit primär bei der „Beratungsstelle Hessen“.

In der Presse und von der Politik wird oft die Erwartung geäußert, die Moscheegemeinden mögen sich stärker engagieren. Die meisten Gemeinden sehen sich zwar in der Verantwortung, die Jugendlichen religiös zu bilden und sie zu schützen, haben aber oft wenig personelle und finanzielle Ressourcen zum Aufbau einer professionellen Jugendarbeit.

### **Fazit**

Auf kommunaler Ebene, stehen wir vor neuen Aufgaben und benötigen eine Vielzahl von Maßnahmen, um Radikalismus und Extremismus entgegen zu wirken. Darüber hinaus ist eine umfassende Betrachtung und Bearbeitung der Thematik um Radikalismus und Extremismus notwendig. Aktuell steht das Amka vor folgenden Herausforderungen:

- Zusammenarbeit mit Moscheegemeinden: Moscheegemeinden als Partner der Prävention einbinden.
- Unbegleitete minderjährige Ausländer: Jugendliche und ihr Umfeld gegen die radikale Ideologie zu schützen und zu stärken.
- Radikalisierung bei Kindern: Elternarbeit in den Einrichtungen stärken und mit der Präventionsarbeit früh beginnen.
- Einzelfallberatung und Deradikalisierung Einzelner: Bedarf an weiteren Ressourcen.

Umso wichtiger bleibt die begleitende Präventions- und Informationsarbeit, für die das Amt für multikulturelle Angelegenheiten ein funktionierendes Netzwerk aufgebaut und zusätzliche Ressourcen erhalten hat. Es bleibt zu erwarten, dass das Phänomen der Radikalisierung und des Extremismus die Gesellschaft auch die nächsten Jahre über beschäftigen wird.

## **Inhalt**

Vorwort des Herausgebers 7

### **I. Der 22. Deutsche Präventionstag im Überblick**

*Erich Marks, Karla Marks*

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 22. Deutschen Präventionstages 9

*Erich Marks*

Herzlich willkommen zur jährlichen Präventionsvermessung in präventions-  
hungrigen Zeiten – Deutscher Präventionstag 2017 in Hannover 45

*Wiebke Steffen*

Der Deutsche Präventionstag fordert die Bereitstellung von Fördermitteln  
für Kommunale Präventionszentren 53

*Wielant Machleidt*

Integration als Kulturelle Adoleszenz! Eine neue Perspektive auf Integration 57

*Rainer Strobl, Merle Graupner, Olaf Lobermeier*

Evaluation des 22. Deutschen Präventionstages am 19. und 20. Juni 2017  
in Hannover 65

### **II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte**

*Philipp Basler, Helmut Heitmann, Thomas Martens, René Voigt*

Integration junger Flüchtlinge. Das Projekt [ankommen] –  
KiezSport mobil 115

*Isabelle Brantl, Yvette Völschow, Margit Stein*

Früh- und Zwangsehen: Implikationen für die europäische  
Soziale Arbeit im Migrationskontext 125

*Karin Bruckmüller*

Schutz für Menschenhandelsopfer während der „Flüchtlingskrise“ 141

*Kerstin Bunte, Shérif Korodowou*

Interkulturelle Kompetenz – Grundlage für Gewaltprävention und  
Integrationsförderung 155



<i>Michael Fichter Iff, Laura Elmiger</i> Zusammen sicher – Herausforderungen interkultureller Polizeiprävention mit Flüchtlingen	173
<i>Christian Grafl</i> Migration und Kriminalität in Österreich – Was wissen wir wirklich?	181
<i>Dieter Hermann</i> Die Integration von Migranten – ein brauchbares Präventionskonzept?	195
<i>Dieter Hermann, Christian Specht</i> Das Mannheimer Auditinstrument zur Förderung von Sicherheit und Lebensqualität – ein Konzept der rationalen Bewältigung von Herausforderungen	207
<i>Pushpa Islam</i> Frankfurter Modell gegen Extremismus	221
<i>Wulf Köpke</i> Innovative Formen polizeilicher Arbeit mit Migranten Das Hamburger Flüchtlingsprojekt „Vermittlung von Werten und Kriterien für sozialen und beruflichen Erfolg in Deutschland“	227
<i>Helmut Kury, Jördis Schüßler</i> Politische Forderungen im Rahmen einer „Flüchtlingspolitik“	237
<i>Andreas Mayer</i> Für ein gutes Zusammenleben – Herausforderungen der Zuwanderung für die Polizeiliche Kriminalprävention	255
<i>Grygorii Moshak</i> Beitrag des DPT zur internationalen Integration der Kriminalitätsprävention	263
<i>Hildegard Müller-Kohlenberg</i> Balu und Du – Welche Hilfen zur Integration bietet das Mentorenprogramm?	269
<i>Helmolt Rademacher</i> Interkulturelle Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft	273
<i>Georg Ruhrmann</i> „Integration“ und (Des)Integration. Herausforderung für die politische Kommunikation	279

<i>Herbert Schubert</i> Sicherheitsaspekte der Unterbringung geflüchteter Menschen in Gemeinschaftsunterkünften	309
<i>Peter Sicking, Hartmut Denker</i> Lions-Quest „Zukunft in Vielfalt“ – Ein innovatives Fortbildungskonzept zur Vermittlung interkultureller Kompetenz.	323
<i>Stella Valentien</i> Bildungs- und Präventionsarbeit in Kindertageseinrichtungen mit Kindergarten <i>plus</i>	329
<i>Ulrich Wagner, Johannes Maaser</i> Integration als Prävention (religiös motivierter) extremistischer Gewalt	333
<i>Ohle Wrogemann</i> Traditionsgebundene muslimische Mädchen im Sportverein – Herausforderungen der Integration	339
<i>Eleonore Yassine-Sahyouni</i> Prävention ganzheitlich umsetzen – Hamburgs Konzept gegen religiös begründeten Extremismus und Muslimfeindlichkeit	351
<b>III Autorinnen und Autoren</b>	365